

Siegen, 02. Februar 2023

Bürgermeister Steffen Mues

Verwaltungsvorlage Nr. 1181/2022
"Einbringung des Stellenplanes 2023 der Stadtverwaltung Siegen"
Stellungnahme des Personalrates

Die oben genannte Verwaltungsvorlage nebst Anlagen (mit Ausnahme der Anlage III „NN-Stellen 2023“) wurde am 09.12.2022 dem Ratsinformationssystem entnommen.

Der Personalrat behält sich eine ergänzende Stellungnahme vor, sofern dies durch aktuelle Ereignisse notwendig werden sollte.

Zu der oben genannten Verwaltungsvorlage nimmt der Personalrat wie folgt Stellung:

Allgemeines

Der Personalrat nimmt den Stellenplanentwurf 2023 zur Kenntnis und trägt diesen im Wesentlichen mit.

Besonderheiten aus Sicht des Personalrates zu der Verwaltungsvorlage mit ihren Anlagen werden im Folgenden angemerkt.

Vorbemerkung (Ziffer 1.2 der Verwaltungsvorlage)

Im ersten Absatz der Vorbemerkung erfolgt u. a. die Aussage: „Längst nicht alle gemeldeten Mehrstellen haben es in den Stellenplanentwurf geschafft.“

Dies ist aus Sicht des Personalrats äußerst bedenklich.

Wenn städtische Fachabteilungen auf dem Dienstweg und somit i. d. R. über mehrere fachlich versierte Führungskräfte schriftlich und mit entsprechenden Begründungen Mehrstellen anmelden, ist davon auszugehen, dass der angemeldete Bedarf auch tatsächlich vorhanden und alternativlos ist. Eine Nichtaufnahme derartig gemeldeter Mehrstellen in den Stellenplanentwurf - schlimmstenfalls noch mit der Rückmeldung wie bei einem Wettrennen oder in einer Quiz-Show, dass es die Mehrstellen „leider nicht geschafft haben“ - ist aus Sicht des Personalrats nicht nachvollziehbar.

Ausbildungsstellenplan (Ziffer 3 der Verwaltungsvorlage)

Die Abweichungen vom mittelfristigen Ausbildungsstellenplan hält der Personalrat aufgrund von Fluktuationen nach wie vor für unabweisbar.

Um die Personalgewinnung und -bindung zu intensivieren, ist der Personalrat weiterhin der Meinung, allen Auszubildenden einen unbefristeten Arbeitsvertrag anzubieten, sofern es keine in der Person liegende Gründe gegen eine Übernahme gibt.

Einsparstellen (Anlage I der Verwaltungsvorlage)

Die von der Verwaltung dargelegte Begründung zu den ausgewiesenen Einsparstellen (Anlage I) ist für den Personalrat größtenteils nachvollziehbar und wird vom Personalrat in dieser Form grundsätzlich mitgetragen.

Der Personalrat unterstützt die Aussage der Verwaltung, dass Einsparpotential ohne Kompensation an anderer Stelle nicht möglich ist.

Mehrstellen (Anlage II der Verwaltungsvorlage)

Die in der Verwaltungsvorlage (Anlage II) aufgezeigten Mehrstellen sind für den Personalrat nachvollziehbar, soweit es um die aufgeführten Stellen geht. Aus diesem Grund befürwortet der Personalrat, alle beantragten Mehrstellen zu beschließen.

Darüber hinaus sieht der Personalrat jedoch noch einen höheren als den angezeigten Bedarf an Mehrstellen, insbesondere in den Bereichen, in welchen es aufgrund von Vorgaben von Bund und Land zu Aufgabenzuwächsen gekommen ist bzw. kommen wird. Auch erfolgen aktuell bzw. in Zukunft noch umfangreiche Organisationsuntersuchungen, deren Ergebnisse natürlich noch nicht feststehen. Allerdings wird man sich bereits heute darauf einstellen müssen, dass in absehbarer (planbarer) Zeit weiteres Personal benötigt werden wird.

N. N.-Stellen (Anlage III der Verwaltungsvorlage)

Diese Anlage konnte dem Ratsinformationssystem bislang nicht entnommen werden, so dass seitens des Personalrats bislang keine Prüfung und Beratung sowie folglich auch keine Stellungnahme erfolgen konnte.

Stellenumwandlungen (Anlage IV der Verwaltungsvorlage)

Die in Anlage IV aufgeführten Stellenumwandlungen sind zum Teil redaktioneller Art wie in der Vorlage beschrieben und mit verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen begründet (z. B. wenn eine Person aktuell auf der Stelle verbeamtet ist und der/die Vorgänger/in tarifbeschäftigt war oder umgekehrt). Viele der Stellenanpassungen begründen sich durch neue Bewertungen nach entsprechender Überprüfung.

Überlastungsanzeigen/ Aufhebung von Kappungsgrenzen/ Anordnungen von Überstunden

Erneut wurden aus mehreren städtischen Bereichen Überlastungsanzeigen gemeldet. Dem Personalrat sind darüber hinaus weitere Bereiche bekannt, die bislang zwar keine formelle Überlastung angezeigt haben, sich jedoch in einem vergleichbaren Zustand der Überlastung befinden.

Diese Arbeitsüberlastungen resultieren unter anderem aus

- krankheitsbedingten Ausfällen und damit einhergehenden Krankheitsvertretungen,
- teilweise langen und/ oder mehreren Stellenvakanzen in einem Bereich,
- überhöhtes Arbeitsaufkommen aus unterschiedlichsten Gründen (z. B. steigende Fallzahlen, Softwareumstellungen, Gesetzes-/ Vorgabenänderungen, ...),
- gestiegene quantitativ und qualitativ geforderte Dienstleistungen im manuellen Bereich

wobei es durchaus Bereiche gibt, in denen gleich mehrere der vorgenannten Ursachen gleichzeitig vorliegen.

Der Personalrat vertritt nach wie vor die Auffassung, dass in vielen Bereichen der Stadtverwaltung und im manuellen Bereich die Personalbedarfsbemessung nicht mehr stimmt und es zu den aufgeführten Überlastungen kommt und künftig auch kommen wird. Dabei reden wir hier nicht nur von Arbeitsverdichtungen, die seit Jahren festzustellen sind, sondern auch von erheblichen Überlastungen, welche massive negative gesundheitliche Folgen nach sich ziehen.

Mittlerweile sind nicht nur sogenannte „Aufhebungen der Kappungsgrenze“ (= mehr als 50 Überstunden), sondern auch Anordnungen von Überstunden keine Seltenheit mehr.

Es gibt sogar städtische Bereiche, in denen die Anordnung von Überstunden und sogar zusätzliche Samstagsarbeit von den Kolleginnen und Kollegen in der Sachbearbeitung (und nicht von ihren Vorgesetzten) erbeten wird, um teils riesige Rückstände zumindest anteilig abarbeiten zu können bzw. um das Tagesgeschäft noch „am Laufen“ halten zu können.

Der Personalrat weist zum wiederholten Mal darauf hin, dass mit schmerzhaften Einschnitten bei Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger zu rechnen ist, wenn insbesondere den von Arbeitsüberlastungen betroffenen Bereichen nicht ausreichendes und qualifiziertes Personal unbefristet zur Verfügung gestellt wird.

Weitergabe

Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, um Weitergabe dieser Stellungnahme an die entsprechenden politischen Gremien.

GB 1/Gleichstellungsstelle

Siegen, 22.12.2022

Auskunft: Frau Martina Kratzel
Telefon: 404-34 57

Stellenplan 2023

Stellungnahme gemäß § 18 Landesgleichstellungsgesetz (LGG)

Die Gleichstellungsstelle nimmt den Stellenplan 2023 zur Kenntnis.

Mehrstellen, Einsparstellen und Umwandlungen sind nachvollziehbar.

Martina Kratzel

